

# DIE LINKE.

Wahlzeitung zur Bundestagswahl am 24. September 2017 • Ausgabe Sachsen • www.die-linke.de

## Frieden

**Abrüsten!  
Waffenexporte  
stoppen**

DIE LINKE will Militärausgaben senken und in Schulen und Kitas investieren. **Seite 4**

### Mehr im Geldbeutel

Niedrigere Steuern auf kleine und mittlere Einkommen, mehr Geld für Kinder. **Seite 2**

### Weniger Beitrag, mehr Leistung

Von der Solidarischen Gesundheitsversicherung profitiert die Mehrheit. **Seite 8**

### Mindestlohn auf 12 Euro anheben

Damit niemand trotz Arbeit arm sein muss. **Seite 9**

### Rente rauf und mindestens 1.050 Euro

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden, um Altersarmut zu verhindern. **Seite 9**

### Kindergeld auf 328 Euro erhöhen

Damit Kinderarmut abnimmt und nicht wächst. **Seite 10**



### Für ein soziales Europa

Gregor Gysi kämpft gegen Finanzminister Schäubles Kürzungspolitik. **Seite 4**

### Politik darf nicht käuflich sein

Unternehmensspenden an Parteien müssen verboten werden. **Seite 11**

### Superreiche zur Kasse

Nur DIE LINKE hat den Mut, eine Millionärsteuer einzuführen. **Seite 12**

**Gute Gewinne sind möglich**

LINKES Rätsel mit Preisen für eine bessere Welt **Seite 11**

Interview  
Seite 3

Das Spitzenduo der LINKEN zur Bundestagswahl: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

## Gerechtigkeit ist wählbar!

### Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

Am 24. September ist Bundestagswahl. Sie wird entscheidend für das Land. Wie es hierzulande weitergeht, hängt davon ab, wie stark DIE LINKE wird. Es hängt von Ihrer Stimme ab!

Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Abrüstung und Frieden. Dafür treten wir an. Wir akzeptieren nicht, dass Kinder in Armut aufwachsen und gleichzeitig die Zahl der Millionäre und Milliardäre steigt. Wir finden uns nicht damit ab, dass fast überall Geld fehlt – in Schulen, Krankenhäusern, beim Wohnungsbau –, die Ausgaben für Rüstung und Krieg jedoch verdoppelt werden sollen.

Viele Menschen fragen sich, ob ihre Rente zum Leben reichen wird. Ob die Arbeit, die Wohnung, die Zukunft sicher sind. Wir wollen gute und sichere Arbeit mit höheren Löhnen statt prekärer Jobs. Das macht das

Leben planbar. Wir wollen, dass die Rente für ein Leben in Würde reicht – für alle. Wir besteuern Millionäre und Milliardäre stärker fürs Gemeinwesen. Dann ist das Geld da: für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen, mehr Personal in Krankenhaus

und Pflege. Und wir schaffen ein festes Netz von sozialer Sicherheit: Wer Kinder erzieht, wer erwerbslos ist, wer Pflege braucht oder krank wird, darf nicht von Armut bedroht sein. Wir wollen Deutschland zum Abrüstungsweltmeister machen und die

Milliarden, die Kanzlerin Merkel in Aufrüstung stecken will, für soziale Gerechtigkeit und für Investitionen einsetzen, die allen zugutekommen.

Wir wollen das Land verändern. Wir wollen es sozialer und gerechter machen! Unsere Pläne sind konkret und bezahlbar. Wir machen Druck, wir bringen Bewegung und Spannung in die Politik. Wir sagen: Die Dinge müssen und dürfen nicht bleiben, wie sie sind. Alle anderen Parteien sind bereit, die Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Alle anderen stehen Angela Merkel als Koalitionspartner zur Verfügung. Wir nicht! Wir wollen eine soziale und demokratische Wende im Land. Gegen ein Weiter so in der Politik. Dafür braucht es eine starke LINKE. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen und wählen Sie am 24. September DIE LINKE!



LINKER Protest gegen unsichere Jobs



Augustusplatz in Leipzig

## Der Osten tickt anders: Gut so!

Seien wir ehrlich: Die bundesdeutsche Politik hat keine Ahnung vom Osten. Nach der Wiedervereinigung gab es nur auf einer Seite der ehemaligen Grenze eine umfassende Umwälzung der Verhältnisse, nämlich in der ehemaligen DDR. Die Bonner und später Berliner Politik ging bald zur Tagesordnung über und machte Politik aus Westperspektive. Der Osten aber war und ist anders. Wer in der ehemaligen DDR aufgewachsen ist, hat eine andere Sozialisierung erfahren.

Das prägt. Und bis heute bleibt der Osten anders: Hier gibt es immer noch mehr berufstätige Frauen, mehr Unverheiratete, mehr Alleinerziehende und damit unkonventionellere Familienmodelle. Und bis heute profitieren Menschen im Osten auch von der Erfahrung, nach 1989 ihr Leben komplett neu sortiert und Verantwortung übernommen zu haben. Es geht nicht darum, zu jammern, sondern unterschiedliche Erfahrung ins Bewusstsein zu rücken. Niemand kann wol-

len, dass der Osten wie der Westen wird. Die Eigenheiten sind es doch, die uns ausmachen. Das zu verdeutlichen und sich gleichzeitig für bessere Einkommen, angemessene Renten, ein tragfähiges soziales Netz, – kurzum – für eine attraktive Lebensperspektive aller Menschen hier zu engagieren, sehen wir als unsere Aufgabe. Deshalb ist eine Stimme für DIE LINKE immer auch eine Stimme für einen starken Osten. **Mehr zu Sachsen auf den Seiten 5 bis 8**





Katja Kipping und Bernd Riexinger

### Liebe Wählerinnen und Wähler,

*DIE LINKE ist die erste Adresse für soziale Gerechtigkeit – und zwar für alle. Wir laden Sie dazu ein, sich unser Programm in Ruhe anzuschauen und sich selbst eine Meinung zu bilden. Wir wollen mehr Geld für Bildung und Kitaausbau, für gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege, für bezahlbares Wohnen und Klimaschutz. Für uns steht die Forderung der Krankenpflegerin nach mehr Personal und höherem Lohn ebenso im Mittelpunkt wie der Schutz von Kindern und Rentnerinnen und Rentnern vor Armut. Das Recht auf Asyl ist für uns so unumstößlich wie das Recht auf gute Bildung und einen Ausbildungsplatz für unsere Kinder. Frauen müssen für gleichwertige Arbeit endlich den gleichen Lohn bekommen. Junge Menschen wollen Zukunftsperspektiven statt Dauerstress und Konkurrenzdruck: Wir treten für sichere und selbstbestimmtere Arbeit ein – für alle. Es ist gerecht für alle, wenn die Reichen endlich ihren Beitrag leisten. Eine Vermögensteuer für Superreiche wieder einzuführen – das traut sich (leider) nur DIE LINKE. Sozial gerecht für alle – das heißt auch: höhere Löhne und weniger Steuern für die Mehrheit. Wir kämpfen für gleiche Rechte für alle, die hier leben, und für die, die zu uns kommen. Denn: Sozial gerecht für alle gilt für uns ohne Ausnahme. Alle Menschen in unserem Land sollen sich dort, wo sie leben, auch wirklich sicher fühlen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und gerechter das Land.*

*Katja Kipping und Bernd Riexinger sind Vorsitzende der Partei DIE LINKE*

# Die Zukunft, für die wir kämpfen

So würden Sie vom Programm der LINKEN profitieren

**Familien** soll die Bildung und Betreuung der Kinder nichts kosten. Das Elterngeld muss verbessert werden. Wir wollen gebührenfreie Kitas mit mehr Personal und kostenfreiem Essen für alle Mädchen und Jungen. In Bus und Bahn müssen Kinder freie Fahrt haben. Mütter und Väter sollen die Möglichkeit haben, Beruf, Familie und Freizeit besser unter einen Hut zu bekommen – mit flexiblen Arbeitszeiten von um die 30 Stunden pro Woche. Zudem soll das Kindergeld auf 328 Euro steigen. Langfristig setzt sich DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder von 573 Euro ein.

**Alleinerziehende** tragen eine immense Belastung. Für sie ist der Ausbau öffentlicher Angebote, etwa zur Ganztagsbetreuung, besonders wichtig. Viele werden in unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midijobs und damit in Altersarmut abgedrängt. DIE LINKE fordert soziale Absicherung: Ab dem ersten Euro muss eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten.

**Erwerbstätige** sollen zu guten Bedingungen arbeiten. Die Gewerkschaften sollen stärker werden, damit mehr Menschen einen tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsvertrag bekommen und die Löhne steigen. Der Mindestlohn soll auf 12 Euro steigen. Wer arbeitet, soll nicht auf Aufstockerleistungen vom Jobcenter angewiesen sein. Mit dem Steuerkonzept der LINKEN wird entlastet, wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient.

**Erwerbslose** brauchen Unterstützung statt Gängelung, zum Beispiel einen Rechtsan-

spruch auf Weiterqualifizierung. Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. DIE LINKE will Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzen – ohne Sanktionen. DIE LINKE will 300 000 sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete schaffen. Ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr und die soziale BahnCard sollen zudem sicherstellen, dass auch Menschen ohne viel Geld mobil sind.

**Mieterinnen und Mieter** sollen mehr Rechte haben. Die Kündigung wegen Eigenbedarfs soll schwerer gemacht werden. DIE LINKE will Spekulation mit Wohn-

raum beenden, bestehende Mieten einfrieren und Immobilienfonds die Zulassung entziehen. Die Mietsteigerungen werden endlich wirksam gestoppt, Mieten in Stadtteilen mit besonders hohen Wohnkosten werden eingefroren oder auf 8,50 Euro gesenkt. Jährlich sollen 250 000 neue Sozialwohnungen hinzukommen und dauerhaft bleiben. Die Sozialbindung soll künftig ohne Befristung wirksam sein.

**Rentnerinnen und Rentner** hätten mit dem Konzept der LINKEN im Schnitt 130 Euro mehr im Monat. DIE LINKE ist die einzige unter den großen Parteien, die das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben will. Jede und jeder soll mit 65 abschlagsfrei in den Ruhe-

stand gehen können. Niedrige Einkommen sollen bei der Rentenberechnung aufgewertet werden. Für alle, die wenig haben, soll eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro den Lebensstandard im Alter sichern. Die Rentenangleichung Ost-West soll sofort und ohne Ausnahmen vollzogen werden. Riester-Verträge müssen in die gesetzliche Rente überführt werden.

**Pflegekräfte** sollen entlastet und endlich gerecht entlohnt werden. DIE LINKE will mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege und in den Kliniken. Insgesamt 160 000 neue Stellen sollen in Krankenhäusern geschaffen werden. Gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung müssen eingeführt werden. Davon haben auch **Patientinnen und Patienten** etwas. DIE LINKE fordert eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. So ist genug Geld da für zusätzliches Personal und eine gute Ausstattung der Krankenhäuser. Alle werden gleich gut behandelt. Medikamente, Brillen und Zahnersatz sollen zuzahlungsfrei sein.

**Studierende** sollen ohne finanzielle Sorgen lernen können. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab. Ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro netto für alle soll das bisherige System ersetzen. Der Bund soll Hochschulen finanzieren dürfen, damit die Studienbedingungen besser werden.

Michael Breyer



Das komplette Wahlprogramm im Internet: [www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm](http://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm)

## Den Alltag besser machen. Heute und morgen

Mehr Personal in Bildung und Gesundheit, neue Sozialwohnungen, besserer Nahverkehr

An vielen Ecken knirscht es im Alltag: Kinderbetreuung ist knapp, Schulen sind marode, bezahlbare Wohnungen sind rar. Büchereien, Schwimmbäder, Theater schließen. Öffentliche Angebote werden an private Unternehmen gegeben, die Profit machen. Das bedeutet: hohe Gebühren und Eintrittspreise. Wer sich die nicht leisten kann, bleibt außen vor. **DIE LINKE wird nachholen, was die Regierungen in den vergangenen Jahren versäumt haben:** Ein Programm für die Zukunft, das öffentlich – von

Bund, Ländern und Kommunen – getragen und ausreichend finanziert ist. In die Zukunft investieren bedeutet: mehr Kitaplätze und mehr Erzieherinnen und Erzieher – mit besserer Bezahlung. Schulen werden renoviert, die Klassen werden kleiner und die Betreuungszeiten länger – durch mehr pädagogisches Personal. In der Altenpflege entstehen mehr Arbeitsplätze und bessere Heime. Jedes Jahr werden mindestens 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen. In die Zukunft investieren bedeu-

tet: mehr Busse und Bahnen im öffentlichen Personennahverkehr – barrierefrei, sichere Straßen und mehr Radwege. Gemeinden und Kommunen bekommen mehr Mittel und mehr Personal, sodass sie wieder bürgernah funktionieren. Schwimmbäder, Kultur- und Sporteinrichtungen werden besser finanziert. Überall wird schnelles Internet verfügbar sein. DIE LINKE investiert in saubere Energie und macht die Privatisierung von Strom- und Wasserversorgung rückgängig. Im Alltag wird zu spüren sein:

Das Leben funktioniert einfacher. **Das Programm der LINKEN ist durchgerechnet und finanzierbar.** 120 Milliarden Euro kostet es, die Bundesrepublik zu einem modernen Staat mit guten Angeboten umzubauen – für alle Menschen, die hier leben. 60 Milliarden Euro werden durch gerechte Steuern von Superreichen und Konzernen finanziert. Weil das Programm Hunderttausende Arbeitsplätze schafft und die Wirtschaft stärkt, fließen 60 Milliarden Euro durch höhere Einnahmen an den Staat zurück.

**DIE LINKE will**  
 ■ 120 Milliarden in öffentliche Infrastruktur stecken  
 ■ Arbeitsplätze vor allem in Bildung, Gesundheit, Pflege und Bauwirtschaft schaffen  
 ■ mehr bezahlbaren Wohnraum und damit die Mieten für alle senken  
 ■ Wirtschaft und Energieversorgung ökologisch und sozial verträglich umbauen.



# »Wir legen uns mit den Mächtigen an«

Wie DIE LINKE den Sozialstaat wiederherstellen will und wie eine friedliche Außenpolitik das Land sicherer macht, darüber sprechen Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, das Spitzenduo der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl

## Für wen lohnt es sich, am 24. September DIE LINKE zu wählen?

**Sahra Wagenknecht:** Es lohnt sich für alle – außer vielleicht für das eine Prozent Superreiche. Wenn sich unsere Forderungen durchsetzen, würde es der großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich besser gehen als heute.

## Aber es heißt doch immer, den Deutschen gehe es unter Angela Merkel so gut wie nie zuvor?

**Wagenknecht:** In unserem Land sind 2,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht, jeder fünfte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor und 6,5 Millionen Menschen sind im Hartz-IV-System gefangen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Angst vor sozialem Abstieg so weit verbreitet wie heute.

**Dietmar Bartsch:** Wenn zwei Millionen Kinder von Armut bedroht sind, wenn alte Menschen im Müll nach Flaschen suchen müssen und Arbeit nicht mehr vor Armut schützt, zugleich aber der private Reichtum einiger weniger rasant wächst, dann stimmt etwas Grundlegendes in unserer Gesellschaft nicht. Es ist Zeit für einen Politikwechsel.

## Worin besteht dieser?

**Bartsch:** Der Sozialstaat muss wiederhergestellt werden und die Balance in der Gesellschaft muss wieder stimmen.

## Wie kann das gelingen?

**Wagenknecht:** Indem man sich mit den Mächtigen und Reichen anlegt, statt sich von ihnen kaufen zu lassen. Ohne eine gerechte Besteuerung der Konzerne und riesiger Vermögen ist eine Wiederherstellung des Sozialstaats unmöglich. Deswegen will DIE LINKE eine Vermögenssteuer



Kämpfen für einen Politikwechsel in Deutschland: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch vor dem Reichstag in Berlin.

für Multimillionäre. Und den Steuersparmodellen der Konzerne muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Da liegt das Geld, das wir brauchen, um Armut zu verhindern und es in gute Bildung, Gesundheit, Pflege und in den Wohnungsbau zu investieren. Leider hat nur DIE LINKE diesen Mut. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm auf eine Vermögenssteuer verzichtet. Kein Wunder, sie will ja auch lieber mit der FDP regieren.

**Bartsch:** Zudem müssen die Sozialversicherungssysteme, die den Kern des Sozialstaats ausmachen, wieder gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen und Vermögende wegdrücken dürfen, wenn es um deren Finanzierung geht. Deswegen will DIE LINKE die gesetzliche Rente stärken, indem alle einzahlen, auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Abgeordnete. Österreich macht es vor: Rentner erhalten dort im Durchschnitt 800 Euro mehr im Monat.

**Auch bei der Krankenversicherung gibt es eine Schiefelage, seitdem die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen wurden...**

**Bartsch:** ... darum setzt sich DIE LINKE für eine Solidarische Gesundheitsversicherung ein, bei der unter anderem Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag wie die Arbeitnehmer zahlen. Das ist sozial gerecht und führt dazu, dass der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent

sinkt. Zusatzbeiträge und Zuzahlungen entfallen dann.

**Seit Jahren ist in Deutschland vom Jobwunder die Rede, die Wirtschaft boomt. Ist das nicht eine Erfolgsmeldung?**

**Wagenknecht:** Nur wer sich der Realität verweigert, kann die massive Zunahme schlecht bezahlter, unsicherer Jobs als »Jobwunder« verkaufen. Vierzig Prozent der Bevölkerung haben heute real weniger Einkommen als noch Ende der 1990er Jahre. Viele können sich nicht einmal mehr einen einwöchigen Urlaub leisten.

**Bartsch:** Das muss sich ändern. Es ist ein Unding, dass ausge-rechnet diejenigen, die die Gesellschaft am

»Nur mit einer starken LINKEN gibt es kein Weiterso.«  
Sahra Wagenknecht

Laufen halten, oft in Minijobs und zu Niedriglöhnen schuften. Der gesetzliche Mindestlohn muss zügig auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden.

**Warum hat DIE LINKE im Bundestag gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gestimmt?**

**Wagenknecht:** Eine Beteiligung an den Rohstoffkriegen der USA, die ganze Länder zerstören und Hunderttausende Menschen das Leben gekostet haben, ist unverantwortlich. Das Gleiche gilt für die illegalen Drohnenmorde. All das stärkt letztlich nur die

islamistischen Terroristen und hat inzwischen auch Deutschland zur Zielscheibe des Terrors gemacht.

**Bartsch:** Waffen schaffen keinen Frieden, Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen.

Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren, die Waffenexporte und militärische Abenteuer beendet. Deutschland sollte Abrüstungsweltmeister werden.

**Wie will DIE LINKE ihre Forderungen umsetzen?**

**Bartsch:** Durch das Schaffen von Mehrheiten. Je mehr Menschen uns unterstützen, desto größer wird der Druck für die anderen Parteien, auf unsere Forderungen einzugehen. Manchmal sind das kleine Schritte, manchmal auch große, wie etwa die Einführung des Mindestlohns. **Wagenknecht:** CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne unterscheiden sich politisch kaum noch. Sie haben in den zurückliegenden 20 Jahren gemeinsam die Renten gekürzt, einen großen Niedriglohnsektor und das demütigende Hartz-IV-Regime geschaffen sowie Steuergeschenke an die Reichen verteilt. Das war Politik für die oberen Zehntausend, nicht für die Mehrheit der Bevölkerung. Nur mit einer starken Linken gibt es kein Weiterso.

**Worauf können sich Wählerinnen und Wähler verlassen, wenn sie für DIE LINKE stimmen?**

**Wagenknecht:** DIE LINKE ist nicht käuflich. Wir sind die einzige Partei, die noch nie einen Euro Spenden von der Deutschen Bank oder einem Rüstungskonzern bekommen hat. Und ich verspreche, das wird auch so bleiben. Denn wir machen Politik für Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner, kleine Selbstständige und den Mittelstand, aber nicht für Konzernherren und Rüstungslobbyisten.

**Bartsch:** Wir werden immer an der Seite derjenigen stehen, die weniger Chancen haben und ausgegrenzt werden. Wir stehen auch nach der Wahl zu dem, was wir in unserem Wahlprogramm und im Wahlkampf fordern.



**Dietmar Bartsch,** geboren im Jahr 1958 in Stralsund. Er studierte und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 1998 bis 2002 sowie seit dem Jahr 2005 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Im November 2015 übernahm Dietmar Bartsch gemeinsam mit Sahra Wagenknecht den Vorsitz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Dietmar Bartsch hat zwei erwachsene Kinder und spielt in seiner Freizeit Volleyball und Skat.



**Sahra Wagenknecht,** geboren im Jahr 1969 in Jena. Sie studierte Philosophie und Neuere Deutsche Literatur und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 2004 bis 2009 war sie Mitglied des Europaparlaments und ist seit dem Jahr 2009 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Seit November 2015 teilt sie sich den Vorsitz der Fraktion mit Dietmar Bartsch. Sahra Wagenknecht ist verheiratet, lebt in Merzig im Saarland und liebt Bergtouren mit dem Fahrrad.



## Mehr BAföG für Studierende

Die BAföG-Sätze für Studentinnen und Studenten reichen nicht zum Leben aus. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Studentenwerks. Vor allem die in den Universitätsstädten enorm gestiegenen Mietpreise sprengen die Höchstförderung in Höhe von 735 Euro. Viele Studierende müssen nebenher arbeiten. Dadurch haben sie weniger Zeit fürs Studium. Das betrifft vor allem Studierende aus einkommensschwachen Familien. DIE LINKE fordert ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro.



## Jedes Kind soll schwimmen können

Weil Kommunen massiv verschuldet sind, wurden seit dem Jahr 1990 mehr als 1600 Schwimmbäder geschlossen. Allein 100 im letzten Jahr. Zudem wurden viele Schwimmbäder privatisiert und in Spaßbäder umgewandelt. Schulen und Sportvereine fällt es deshalb immer schwerer, Zugang für den Schwimmunterricht zu erhalten. Für viele Familien ist der Eintrittspreis zu hoch. Die Folge: 60 Prozent der Zehnjährigen in Deutschland können nicht schwimmen. DIE LINKE sagt: Schwimmbäder gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Jedes Kind muss ein öffentliches Schwimmbad besuchen können.

# »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar«

Gregor Gysi hat Großes vor im Bundestag und in Europa

Gregor Gysi ist rastlos unterwegs. Gestern eine Podiumsdiskussion beim Kirchentag in Magdeburg zur Frage, wie wir Frieden in unfriedlichen Zeiten gewinnen können. Heute Moderator im Deutschen Theater mit dem Bariton Thomas Quasthoff und dann in der Berliner Distel, wo er mit Oliver Welke, dem Präsentator der »heute-show« des ZDF, plauscht. Morgen schon versucht er in Hamburg der mittelständischen Wirtschaft nahezubringen, dass ein Neustart für Europa mit sozialen Standards, mehr Demokratie und friedlicher Außenpolitik auch ihr nützte. Und immer wieder Termine im Wahlkreis, Bürgersprechstunde, Gespräch im Seglerverein, mit Wissenschaftlern, Theaterleuten und, und, und.

Wer geglaubt hat, dass sich der Bundestagsfraktion so langsam aufs Altenteil zurückzöge, als er den Vorsitz abgab, hat die Rechnung ohne die Leute und ohne den Mann gemacht. Er gilt für die Ostdeutschen auch heute noch als ihre Stimme und war über 25 Jahre lang das prägende Gesicht der LINKEN in Deutschland. »Ich hatte ja auch gedacht, es wird weniger, und inzwischen habe ich sogar gelernt, gelegentlich Nein zu sagen. Aber wenn sich die Zahl der Anfragen verdoppelt, kommt eben doch viel zusammen«, bemerkt er schmunzelnd.

**Mitunter wirkt er wie ein Getriebener. Immer wieder wird er gefragt, wie er das durchhält mit seinen 69 Jahren.** »Ich bin fit«, sagt Gysi, und man sieht ihm die Freude an den täglich neuen Herausforderungen an. Ein Stück weit will er sicher auch die Hoffnun-



Seit Dezember 2016 ist Gregor Gysi Präsident der Europäischen Linken.

Ulwe Steinhert

gen nicht enttäuschen, die viele nach wie vor in ihn setzen. »Ich bin nicht der Mensch, der sich zur Ruhe setzt und dann Angeln geht, obwohl meine diesbezüglichen Lehrstunden bei Jan Korte durchaus entspannend waren«, sagt er mit Blick auf den LINKEN-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, der ein leidenschaftlicher Angler ist.

Deshalb ist Gysi seit Dezember 2016 Präsident der Europäischen Linken und will auch seinen Bundestagswahlkreis verteidigen. Die Europäische Linke ist ein Zusammenschluss von 25 Parteien. Es ist auch diese Verbindung zwischen Weltpolitik und Alltag, die ihn antreibt: wenn er den Präsidenten der Europäischen Kommission oder des Europäischen Gerichtshofs trifft und dann die Sorgen mit dem Jobcenter hört, die ihm eine Frau bei seiner Sprechstunde im Bürgerbüro in Schöneweide vorträgt. »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar, und DIE LINKE muss sich ihrer gesamten Verantwortung dafür

stellen«, erklärt Gysi seine Motivation für den Spagat zwischen Europa und Treptow-Köpenick.

**Die aktuellen Entwicklungen stimmen ihn sorgenvoll:** Eine Militarisierung der EU und das Erstarren nationalistischer, faschistischer Kräfte rufen den brillanten Rhetoriker auf den Plan. So nimmt Gysi auf seinem Facebook-Account in einem kurzen Video die Unlogik der Kanzlerin auseinander, Bundeswehrsoldaten über Syrien

Daten aufklären zu lassen, die der türkische Despot Erdoğan nutzt. Mithilfe der Daten greift Erdoğan kurdische Einheiten an, die am Boden den IS bekämpfen. Fast zwei Millionen Menschen schauen sich das Video an und stimmen Gysi zu.

»DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die konsequente

Friedenspolitik und verlässliche Sozialpolitik zusammenbringt«, sagt Gysi. »Ich will die Europäische Linke als Gegengewicht gegen rechts und gegen die Kürzungspolitik von Schäuble stark machen, damit die Jugend in einem Europa leben wird,

das ihnen eine weltoffene, soziale, demokratische, friedliche Perspektive bietet.« Und Europa fängt für ihn eben nicht in Brüssel an, sondern beim Gespräch mit dem TV-Entertainer Wolfgang Lippert über die Entwicklung der Kultur im Wahlkreis.

**Der Mann wird einfach noch gebraucht.** In Treptow-Köpenick, im Osten, für die Jungen und die Alten, in Deutschland, in Europa. Gut, dass er weitermacht und der Bundestag nicht auf ihn verzichten muss.

**DIE LINKE will**  
 ■ die EU neu starten:  
 mehr Demokratie, mehr soziale Sicherheit, keine Aufrüstung ■ fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA ■ Klimaschutz und den ökologischen Umbau der Wirtschaft.



## Pausenbrot statt Panzer

Wie DIE LINKE die Ausgaben für Rüstung senken und stattdessen das Geld in Schulen und Kitas investieren will

Deutschland soll bis zum Jahr 2024 zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Militär ausgeben. Dazu erklärte sich die Bundesregierung 2014 auf dem NATO-Gipfel bereit. Kanzlerin Merkel hat kurz nach der Wahl von Donald Trump, der die Einhaltung dieses Ziels verlangt, mehrmals bekräftigt, die Vereinbarung erfüllen zu wollen. Zwei Prozent: Das klingt nicht viel. **Doch das BIP betrug 2016 rund 3,13 Billionen Euro. Zwei Prozent davon wären also mehr als 60 Milliarden Euro!**

Schon jetzt müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Rüstung und Militär 37 Milliarden Euro pro Jahr berappen.

Da die Wirtschaftskraft bis 2024 noch zulegen wird, würden mehr als 70 Milliarden Euro in den Militäretat fließen, eine Verdoppelung der heutigen Ausgaben. Zum Vergleich: Allein bei der öffentlichen Infrastruktur gibt es einen Investitionsstau von über 100 Milliarden Euro. Schulen und Brücken sind marode, es gibt oft zu wenig Kitaplätze und bezahlbaren Wohnraum, Gleise werden stillgelegt, Schwimmbäder geschlossen, fast überall fehlt das Geld, aber Union und SPD wollen immer mehr in die Aufrüstung pumpen.

Würde sich die Bundesregierung von dem Zwei-Prozent-Ziel verabschieden, könnte sie innerhalb weniger Jahre den vor-

allem in den Kommunen dramatischen Investitionsstau abbauen.

**DIE LINKE fordert als einzige Partei, dass die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik nicht erhöht, sondern deutlich gesenkt werden.** »Dem Zwei-Prozent-Aufrüstungsprogramm von NATO und Merkel stellen wir unser Abrüstungsziel entgegen. Wir wollen den Rüstungshaushalt, der inzwischen der zweitgrößte Etat ist, um 20 Prozent kürzen. Das Geld wollen wir konkret dafür einsetzen, Kitas auszubauen und gebührenfrei zu machen und Schulen zu modernisieren«, erklärt der Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, Matthias Höhn.



# Anpacken, für eine Zukunft für den Osten

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Renten und Löhne müssen an das Westniveau angeglichen werden

**Schaut man auf aktuelle Umfragen, so spürt heute ein beträchtlicher Teil der jüngeren Generation im Osten immer noch Benachteiligung – im Lohngefüge genauso wie bei Renten, Vermögen und Eigentum. Altersarmut ist über Generationen hinweg programmiert. Mit Blick auf die sozialen und wirtschaftlichen Rahmendaten täuscht dieser Eindruck nicht. Auch 27 Jahre nach der Wiedervereinigung erleben also auch jene eine Schlechterstellung aufgrund ihrer Herkunft, die gar keine eigene DDR-Biografie haben.**

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu erstaunlich, dass die vereinte Bundespolitik von Unterschieden zwischen Ost und West kaum – oder besser: gar nicht reden will. Ist es doch Folge ihrer Politik, dass gerade die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede im vereinten Deutschland auch nach drei Jahrzehnten auseinanderklaffen.

## Der Osten als Niedriglohnland

Konkret heißt das: Die mit der Wiedervereinigung von der Treuhand durchgeführte und politisch gewollte Deindustrialisierung des Ostens, der eben nicht nur wirtschaftlich nicht tragfähige, sondern auch gesunde Unternehmen zum Opfer gefallen sind, brachte einen massiven Arbeitsplatzverlust mit sich. Im einstmalig industriell geprägten Ostteil des Landes entstanden so vor allem in schlechter bezahlten Dienstleistungsbereichen neue Arbeitsplätze, geprägt durch viele kleine Unternehmen, die schon allein aufgrund ihrer geringen Größe keine Tarifbindung hatten. Hohe Arbeitslosigkeit und die daraus entstehende Lohnkonkurrenz machten es den Re-

gierenden leicht, den Osten als Niedriglohnland anzupreisen. Gebrochene Erwerbsbiografien, lange Arbeitslosenzeiten und vergleichsweise niedrige Löhne allerdings stellen die Menschen im Osten vor große Probleme: Denn wer wenig verdient hat in seinem Erwerbsleben, dem droht mit der Rente die Altersarmut.

## Armut Ost überwinden

Es ist also nicht die Schuld der Menschen im Osten, dass ihre Arbeitsplätze nach der Wende verloren gingen. Genauso wenig tragen sie Verantwortung dafür, dass sie danach in unsicheren Arbeitsverhältnissen weniger verdienen haben. Im Gegenteil: Das war Folge der Entscheidungen von Politikern, die den Osten zum neoliberalen Experimentierfeld gemacht haben. Wenn Arbeitnehmer im Osten teilweise mehr als 500 Euro weniger verdienen als der Durchschnitt West bei gleicher Arbeit, dann geht es nicht um Produktivitätsunterschiede. Das sind schlichtweg Niedriglöhne.



Jedes zweite Kind unter drei Jahren in Sachsen besucht eine Kita.

vor allen Dingen Ältere, Alleinerziehende, Familien mit mehr als drei Kindern. Allein in Sachsen leben schätzungsweise 150 000 Kinder in Armut. Diese Armut im Osten lässt sich bekämpfen: Durch gleichen Lohn für gleiche Arbeit, durch allgemeinverbindliche Tarifverträge, einen öffentlich geförder-

## Aufbau Ost statt Nachbau West

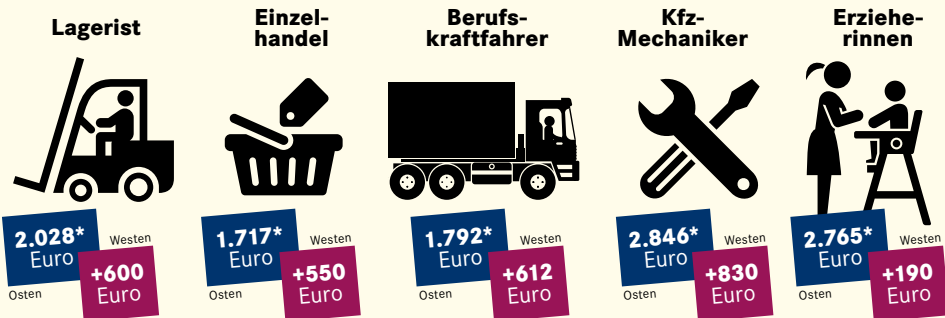
Die Deindustrialisierung des Ostens dagegen lässt sich nicht einfach zurückdrehen. Und auch der Glaube daran, große Konzerne aus den alten Bundesländern würden den Weg in den Osten finden, um hier ihre Hauptquar-

## Anders bleiben im Osten

Die soziale und wirtschaftliche Absicherung ist das eine, die gesellschaftlichen Gegebenheiten sind das andere, was den Osten vom Westen unterscheidet: dass Frauen hier selbstverständlich wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen wollen, die Normalität von Doppelverdienerhaushalten, zum Beispiel. Oder die Normalität, Lebens- und Familienplanung nicht von Bürokratie abhängig zu machen. Denn, ja, der Osten liebt auch anders: Jedes zweite Kind im Osten, und damit doppelt so viele wie im Westen, kommt hier unehelich zur Welt. Jedes zweite Kind unter drei Jahren besucht bei uns eine Kita, bei den Zweijährigen sind es vier von fünf. Das geht, weil wir im Gegensatz zu den alten Bundesländern in diesem Bereich – noch – über eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur verfügen. Diese wollen wir nicht nur erhalten, sondern ausbauen. Gerade in strukturschwachen und dünner besiedelten Regionen zieht sich der Staat immer mehr aus der Fläche zurück und macht es insbesondere jungen Familien und Älteren schwer, ihr Leben dort zu gestalten. Wir wollen verhindern, dass der ostdeutsche ländliche Raum weiter abgekoppelt wird: Durch ein attraktives Angebot für ÖPNV, kurze Wege zu Kita, Schule, Banken, Behörden oder medizinischen Einrichtungen, durch ein vielfältiges soziales und kulturelles Angebot für alle Menschen, die dort leben. Wir wollen Solidarität, ein Gefühl von Sicherheit, Zusammenhalt und Perspektive im Osten wieder zum Grundpfeiler der Gesellschaft machen.

## Gleiche Arbeit, ungleicher Lohn

\* Bruttomonatslohn



iStockphoto.com/Ecelop/dutchicon/neyro2008/browndogstudios/bubaone

So ist es dann auch nicht verwunderlich, wenn die relative Armutsquote im Osten über ein Viertel höher liegt als im Westen. Armutsgefährdet sind hier

ten Beschäftigungssektor, eine Rentenangleichung zwischen Ost und West, eine solidarische Mindestrente und durch eine Kindergrundsicherung.

tiere aufzuschlagen, ist nur ein schlechter Witz. Wenn sie so entscheiden, dann bleiben sie so lange, bis ein günstiger Standort gefunden ist. Die Chance für den Osten besteht nicht in einem Nachbau West, das haben die letzten 27 Jahre bewiesen. Es geht darum, einen wirklichen Aufbau Ost zu wagen: Kreative und erfinderische Köpfe zeichnen das Land aus. Sie zu unterstützen, jungen Unternehmen unter die Arme zu greifen und sie auf den ersten Schritten zu begleiten, die Voraussetzungen für Neuansiedlungen zu schaffen, ist die Aufgabe der Politik. Und sie hat dazu viele Möglichkeiten: Forschungsförderung, Beihilfen zur Gründung, ja, selbst stille Beteiligungen sind möglich. Das würde auch all jenen helfen, die für ihre Betriebe derzeit keine Unternehmensnachfolge finden. So kann der Wirtschaftsstandort Ost in alten und neuen Branchen gestärkt werden. Solche Investitionen in den ostdeutschen Mittelstand können neue und innovative Arbeitsplätze schaffen.



Trotz der gleichen Arbeit viel weniger Geld: Kfz-Mechanikerinnen im Osten verdienen 830 Euro weniger als ihre Westkollegen.

### Kontakt

DIE LINKE. Sachsen  
Kleiststraße 10 a  
01129 Dresden  
Telefon: 0351/85 32 70  
www.dielinke-sachsen.de



# Ein starkes Team für eine starke LINKE



**Katja Kipping** (39) führt die Landesliste der sächsischen LINKEN zur Bundestagswahl an. Die gebürtige Dresdnerin studierte von 1997 bis 2003 Slawistik an der TU Dresden und engagierte sich seitdem auch politisch. Ihr Arbeitsschwerpunkt war und ist die Sozialpolitik. Von Anbeginn hält sie engen Kontakt zu sozialen Bewegungen und gestaltete maßgeblich die Agenda Sozial – den Gegenentwurf der PDS zur Agenda 2010 – mit. Im Deutschen Bundestag war die erklärte Hartz-IV-Gegnerin und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion von 2009 bis 2012 Vorsitzende des Sozialausschusses. Seit 2012 führt sie gemeinsam mit Bernd Riexinger die Partei DIE LINKE als Vorsitzende an. Als Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl steht ihr ein starkes Team zur Seite, um gemeinsam für eine sozialere Politik in Sachsen und in der ganzen Bundesrepublik zu kämpfen:

## Unsere Landesliste

- 1 **Katja Kipping**  
Dresden
- 2 **André Hahn**  
Sächsische Schweiz/  
Osterzgebirge
- 3 **Caren Lay**  
Bautzen
- 4 **Michael Leutert**  
Chemnitz
- 5 **Sabine Zimmermann**  
Zwickau
- 6 **Axel Troost**  
Landkreis Leipzig
- 7 **Susanna Karawanskij**  
Nordsachsen
- 8 **Tilman Loos**  
Jugend
- 9 **Franziska Riekewald**  
Leipzig
- 10 **Tilo Hellmann**  
Meißen
- 11 **Käty Mothes**  
Vogtland
- 12 **Maik Schwarz**  
Vogtland
- 13 **Elisa Gerbsch**  
Leipzig
- 14 **Lars Legath**  
Vogtland
- 15 **Gudrun Schumann**  
Erzgebirge
- 16 **Jens Dietzmann**  
Bautzen

## Für einen starken Osten



**Susanna Karawanskij** (37) ist studierte Politikwissenschaftlerin und kandidiert im Wahlkreis 151 – Nordsachsen.

■ Die soziale Spaltung verläuft an der ehemaligen Grenze: Niedriglöhne, Armut, Höhe der Privatvermögen – auf allen Karten mit Strukturdaten ist deutlich sichtbar, dass die Unterschiede nach wie vor gravierend sind. Nach fast 27 Jahren deutscher Einheit gibt es keine gleichwertigen Lebensverhältnisse zwischen Ost und West. Deshalb brauchen wir einen Entwicklungsplan für Ostdeutschland. Gegen Erwerbsarmut: gerechte Löhne für alle! Gegen Frauenarmut: gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und fördern! Gegen Kinder- und Jugendarmut: Perspektiven sichern! Gegen Altersarmut: Rentengerechtigkeit erkämpfen! Für aktive Strukturpolitik einen Solidarpakt III. Gegen Diskriminierung und Ausgrenzung: ostdeutsche Lebenswege und Leistungen anerkennen!

## ÖPNV flächendeckend und bezahlbar für alle



**Franziska Riekewald** (36) ist Betriebswirtin und kandidiert im Wahlkreis 152 – Leipzig I.

■ Die Gewährleistung von Mobilität gehört für DIE LINKE zur Grundversorgung, die eine Teil-

habe am Leben für alle ermöglicht. Freie Beweglichkeit darf dabei nicht immer stärker zulasten der Umwelt gehen. Wir sagen: Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss ausgebaut werden. In vielen Städten, wie in Leipzig, gibt es jährliche Preissteigerungen. Diese einseitige Belastung der Bürgerinnen und Bürger muss gestoppt werden, es braucht ein grundsätzliches Umdenken. Deshalb fordern wir eine drastische Erhöhung der Bundesmittel für die Finanzierung des Nahverkehrs. Mit der Einführung von Mobilitätstickets will DIE LINKE flächendeckend die Fahrpreise für alle senken. Mobilität ist für uns eben mehr als von A nach B zu kommen.

## Fördern ohne Sonderschule



**Sören Pellmann** (40) ist Grund- und Förderschullehrer. Er kandidiert im Wahlkreis 153 – Leipzig II.

■ Seit 2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention für die Bundesrepublik rechtlich verbindlich. Für den Freistaat Sachsen bedeutet das, dass die Einführung eines inklusiven Bildungssystems, dessen Ausbau und seine langfristige Sicherung verpflichtend wären. Das Sächsische Kultusministerium tut jedoch – nichts. Daran ändert auch das neue Schulgesetz nichts. Es stärkt zwar den Elternwillen, macht aber eine inklusive Beschulung von den Gegebenheiten in der jeweiligen Schule abhängig. Für uns dagegen gilt: Das inklusive Lernen muss zum Regelfall werden. Das bedeutet, ein Bildungswesen ohne separate Förderschulen zu schaffen, das alle Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit annimmt und ihnen ein möglichst langes gemeinsames Lernen ermöglicht.

## Einkommen gerecht besteuern



**Dr. Axel Troost** (62) ist promovierter Volkswirt und kandidiert im Wahlkreis 154 – Leipzig-Land.

■ Ein Sozialstaat finanziert sich über Steuern. Fakt ist: Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahren deutlich auseinandergegangen, weil große Vermögen und hohe Einkommen ohne Not steuerlich entlastet wurden. Kleine und mittlere Einkommen hingegen sind überproportional belastet. Es geht uns nicht nur um Einnahmen, es geht um Gerechtigkeit. Wer weniger als 7.100 Euro im Monat verdient, muss nach unserem Steuerkonzept weniger Steuern bezahlen. Ein Einkommen von monatlich 1.050 Euro bleibt steuerfrei. Der Einstiegssteuersatz bei mehr als 1.050 Euro monatlich liegt bei 14 Prozent und steigt auf maximal 53 Prozent für Einkommen ab 7.100 Euro. Für ganz hohe Einkommen greift zusätzlich die Reichensteuer. Das ist unsere Idee gerechter Einkommensteuer.

## Geflüchtete integrieren



**Tilo Hellmann** (34) ist studierter Soziologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter und kandidiert im Wahlkreis 155 – Meißen.

■ Wir LINKE stehen für uneingeschränktes Asylrecht. Viele Menschen sind in den letzten Jahren zu uns gekommen – aus purer Not, für die wir eine Mitverantwortung tragen. Die zu uns Kommenden zu integrieren, auch legale Einwandernde, hat die Große Koalition zu lange sträflich verweigert und sich auf das ehrenamtliche Engagement vieler verlassen. Wir brauchen in Deutschland ein Integrationskonzept, das finanziell untersetzt ist und auf ein Miteinander der Kulturen setzt. Das schafft Vertrauen. Geflüchteten muss es ermöglicht werden, sich hier zurechtzufinden und unsere Sprache zu lernen. Vereine, die sich hier stark engagieren, fühlen sich alleingelassen. Auf Hilferufe an die Regierenden erfolgt kaum Reaktion und Handeln. Das ändern wir!

## Wohnen ist Menschenrecht



**Caren Lay** (44) ist Diplomsoziologin und kandidiert im Wahlkreis 156 – Bautzen.

■ Wohnen ist auch in Sachsen zu einer zentralen sozialen Frage geworden. In Dresden und Leipzig steigen die Mieten stark an. Vor allem Menschen mit geringem Einkommen droht die Verdrängung. Die Zahl der Sozialwohnungen ist dramatisch zurückgegangen, gleichzeitig wurden Zehntausende Wohnungen mit Fördermitteln abgerissen. In den ländlichen Räumen ist der Leerstand weiterhin hoch. Dort finden die Menschen keine Arbeit und keine Schule, in den Großstädten keine Wohnung. DIE LINKE will Mieterinnen und Mieter besser schützen und mehr Sozialwohnungen bauen. Wir wollen den altersgerechten und barrierefreien Umbau von Wohnungen vorantreiben sowie lebendige Innenstädte und Ortskerne schaffen.

## Wirksame Sozialarbeit umsetzen



**Torsten Ahrens** (49) ist Sozialpädagoge und Sozialarbeiter und kandidiert im Wahlkreis 157 – Görlitz.

■ Es ist unerträglich, wie unzureichend die soziale Arbeit im Landkreis Görlitz finanziell und personell ausgestattet ist. Dies





hat zu katastrophalen Bedingungen in der Betreuung der Schwächsten und zu großen sozialen Verwerfungen geführt. Die Regierung behauptet, dass die Versorgungskrise nur einzelne Gruppen betreffe. Das ist falsch. Es geht um politische Bildung, um die Gestaltung des Gemeinwesens, um die Bewältigung von Krisen und vieles mehr. Es kann jeden treffen. Deshalb kann nur die flächendeckende und angemessene Ausstattung von sozialer Arbeit sicherstellen, dass wir jenen Menschen in unserer Gesellschaft helfen, die sich selbst nicht mehr helfen können. Hierfür möchte ich – mit Ihnen gemeinsam – im Bundestag kämpfen.

### Erfahrungen vor Ort nutzen



**Tilo Kießling** (46) ist Geschäftsführer der Bildungseinrichtung Roter Baum und kandidiert im Wahlkreis 160 – Dresden II – Bautzen II. ■ Seit meiner Bundestagskandidatur 2013 weiß ich: In den Wahlkampf ziehe ich in einer Zeit, in der die arbeitsreichen Höhepunkte der Sommerferienlager, die der Rote Baum veranstaltet, liegen. Dort bin ich Geschäftsführer, und neben Ferienlagern betreiben wir Kinder- und Jugendeinrichtungen, Streetwork-Projekte, ein Mehrgenerationenhaus, Projekte der politischen Bildung und vieles mehr. Aber es muss sein! Ich will die Ziele linker Politik bekannt machen und meine Erfahrungen als Dresdner Stadtrat einbringen. Hier trage ich Verantwortung für Sport, Jugendhilfe und Finanzen. Ich will ein Bündnis mit den Menschen schließen: weil wir gemeinsam dieses Land verändern wollen, hin zu einer sozialeren, menschlicheren, friedlicheren Republik!

### Für starke öffentlich-rechtliche Medien



**Falk Neubert** (43) ist gelernter Koch und studierter Soziologe. Er kandidiert im Wahlkreis 161 – Mittelsachsen. ■ Ob gedrucktes Wort oder Internet: Massenmedien haben nacheinander unsere Kommunikation verändert. Einerseits gelten sie als »vierte Gewalt« in der Demokratie, welche die Politik durch kritische Berichterstattung kontrolliert. Andererseits gibt es viele Beispiele, wie durch Massenmedien politische Meinung

immer wieder manipuliert wird. Neben den global tätigen privaten Medienkonzernen muss deshalb ein starker öffentlicher Mediensektor erhalten bleiben. Wir wollen öffentlich-rechtliche Anstalten modernisieren: mit hoher journalistischer Qualität, frei von Regierungseinfluss, aber unter demokratischer Kontrolle. Den sozial ungerechten, weil für alle Haushalte gleichen Rundfunkbeitrag werden wir durch eine einkommensabhängige Abgabe ersetzen.

### Geheimdienste außer Kontrolle



**Dr. André Hahn** (54) ist Diplompädagoge und kandidiert im Wahlkreis 158 – Sächsische Schweiz – Osterzgebirge. ■ Wenn über Nachrichtendienste in Deutschland debattiert wird, betonen die Regierenden, dass diese demokratisch kontrolliert und sich an Recht und Gesetz halten würden. Wir als LINKE konnten im NSA/BND-Untersuchungsausschuss aufdecken: Die Realität sieht anders aus. Es gibt willkürliche Massenüberwachung der Bürger und sehr fragwürdige Kooperationen mit US-amerikanischen und britischen Geheimdiensten. Damit muss endlich Schluss sein! Es ist schlichtweg skandalös, wenn die Abgeordneten des zuständigen Kontrollgremiums von Rechtsverletzungen und gravierenden Vorfällen zuerst aus den Medien erfahren. Das bisherige System gegenseitiger Kontrolle hat versagt. Geheimdienste sind Fremdkörper in einer Demokratie und müssen perspektivisch abgeschafft werden.

### Geld für Menschen, statt für Waffen



**Michael Leutert** (43) ist Diplom-Soziologe und kandidiert im Wahlkreis 162 – Chemnitz. ■ Für DIE LINKEN-Haushaltspolitik stehen die Menschen an erster Stelle. Das unterscheidet uns von der Bundesregierung. Deren Dogma der »schwarzen Null« verhindert dringend benötigte Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und die Zukunft unserer Jugend. In Ostdeutschland liegt das Armutsrisiko für Kinder bei 26 Prozent – das darf nicht sein! LINKE Haushaltspolitik wäre sogar ohne neue Schulden möglich. Wir wollen einen sozial gerechten Umbau des Steuersystems, zu dem auch Vermögende ihren Teil

beitragen. Das Geld wollen wir so einsetzen, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können. Und eins ist klar: DIE LINKE wird der NATO-Forderung, den Militäretat zu verdoppeln, niemals zustimmen. Das wäre politisch und finanziell verantwortungslos.

### Eine lebenswerte Familienpolitik



**Jörn Wunderlich** (57) ist Jugend- und Familienrichter. Er kandidiert im Wahlkreis 163 – Chemnitz Umland – Erzgebirgskreis II. ■ Als familienpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag habe ich die Richtung der Familienpolitik maßgeblich mitgestaltet. Ich habe über die Jahre dafür gestritten, dass DIE LINKE einen Parteitage beschluss zur Familienpolitik fasst. Auf dieser Grundlage wurde es mir möglich, auch im Parlament aktiv zu werden. Die Ziele meiner parlamentarischen und außerparlamentarischen Initiativen sind unter anderem eine Verbesserung der finanziellen Leistungen, mehr Freiheit bei der Gestaltung der Zeit für die Familie und der Ausbau der kommunalen Infrastruktur. Meine Forderung lautet deshalb weiterhin: Machen wir Elternschaft lebenswert und setzen uns für ein chancenreiches linkes Projekt ein!

### Gute Arbeit, starke Gewerkschaften



**Klaus Tischendorf** (55), gelernter Baufacharbeiter. Er kandidiert im Wahlkreis 164 – Erzgebirgskreis I. ■ Unabhängige Gewerkschaften sind wesentlicher Bestandteil der Demokratie. Sie vertreten die Interessen der Beschäftigten wirksam gegenüber Arbeitgebern und Politik. Ob Arbeitszeit, Gesundheits- und Arbeitsschutz, Datenschutz, Gleichstellung, Personalplanung oder Outsourcing – in all diesen Bereichen müssen Mitbestimmungsrechte garantiert sein. Gerade in der voranschreitenden Digitalisierung ist gewerkschaftliche Mitbestimmung notwendiger denn je. Die Arbeitgeber wollen immer mehr Flexibilisierung durchsetzen. Übersetzt heißt das: Beschäftigte sollen rund um die Uhr zur Verfügung stehen, wann auch immer es dem Arbeitgeber gerade passt. Diese Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz erfordern politischen Widerstand von links.



# Auf einen Blick

Große Probleme	LINKE-Lösungen
<b>Armut:</b> In Sachsen sind 19,7 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen, darunter 150 000 Kinder, zudem viele Alleinerziehende und Rentnerinnen und Rentner.	■ 1.050 Euro Mindestsicherung ohne Repressalien einführen ■ Kindergeld auf 328 Euro erhöhen ■ Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde.
<b>Arbeit:</b> In Sachsen liegt die Arbeitslosenquote bei 10,7 Prozent, damit fehlen rund 150 000 Arbeitsplätze im Land. Zudem verdienen sächsische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchschnittlich 28 Prozent weniger als westdeutsche Vollzeitbeschäftigte.	■ Löhne an den Westen angleichen ■ unbefristete armutsfeste Arbeitsplätze schaffen ■ Leiharbeitskräfte müssen den gleichen Lohn wie Festangestellte plus eine Flexibilitätszulage von 10 Prozent erhalten.
<b>Rente:</b> In Sachsen, wie im gesamten Osten, liegt der Rentenwert mit 29,69 Euro auch 27 Jahre nach der Wiedervereinigung bei nur 95,6 Prozent des Rentenwertes West.	■ Rentenwerte in Ost und West sofort angleichen ■ Das Rentenniveau muss auf 53 Prozent angehoben werden. ■ Einführen der solidarischen Mindestrente von 1.050 Euro.

### Spaltung des Arbeitsmarkts überwinden



**Sabine Zimmermann** (56) ist Vorsitzende der DGB-Region Vogtland-Zwickau und kandidiert im Wahlkreis 165 – Zwickau. ■ Sächsischen und Sachsen verdienen durchschnittlich 28 Prozent weniger als westdeutsche Vollzeitbeschäftigte. Das Erzgebirge ist der Kreis mit den niedrigsten Löhnen deutschlandweit. Beschäftigte verdienen hier im Mittel 2.036 Euro brutto – noch nicht einmal die Hälfte des Vergleichswertes von Hochlohnregionen im Westen. Umso beschämender ist es, dass die sächsische Wirtschaftsförderung viele Jahre mit den niedrigen Löhnen um Unternehmen geworben hat. Ein wesentlicher Schlüssel zur Angleichung der Löhne ist die Stärkung von Tarifverträgen und Tarifbindung, die im Osten deutlich schwächer als im Westen ist. Um Armut wirklich zu bekämpfen, muss zudem der Mindestlohn auf 12 Euro erhöht werden. Hierfür werde ich weiterhin kämpfen!

### Demokratie, Offenheit und Transparenz



**Maik Schwarz** (31) ist Verwaltungsfachangestellter und kandidiert im Wahlkreis 166 – Vogtland. ■ Ob TTIP, Kriegseinsätze oder Waffenexporte – warum fragt niemand die Menschen nach ihrer Meinung? Wir brauchen mehr

direkte Demokratie, mehr Offenheit und Transparenz. Wir müssen den Menschen die Möglichkeit geben, sich einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Auch im Vogtlandkreis haben sich viele Menschen auf verschiedener Weise gegen TTIP ausgesprochen, sei es durch Unterschriftensammlungen, Vorträge oder bei Demonstrationen. Darüber hinaus bewegen die Menschen Themen wie Hartz IV und der Abbau von Arbeitsplätzen. Die Plauener Montagsdemonstrationen sind seit vielen Jahren ein Ausdruck des Bedürfnisses nach Mitbestimmung in unserer Region. Direkte Demokratie ist der beste Schutz vor Lobbyismus und Korruption – packen wir es an!

### »Republik Europa«



**Tilman Loos** (29) ist der Jugendkandidat auf der Landesliste der sächsischen LINKEN. ■ Uns LINKEN wird gerne mal vorgeworfen, wir seien »anti-europäisch«. Das ist Mumpitz. Ja, wir haben Kritik an der Europäischen Union: zu wenig Demokratie, zu viel Gegeneinander. Antieuropäisch ist, wer will, dass das so bleibt. Ich habe eine Vision von einem anderen Europa: eine Republik Europa. Eine Republik, die sich nicht über Religion oder Ethnizität definiert, sondern über Menschenrechte und das Streben nach dem Guten. Eine Republik der sozialen Rechte, in der Bewegungsfreiheit kein ausschließliches Privileg der Reichen ist, die sich Reisen leisten können. Eine Republik mit gemeinsamem Mindestlohn, gemeinsamer Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Eine Republik mit starkem Parlament und direkter Demokratie. Die Union ist tot, es lebe die Republik!





Brexit, Orbán, Le Pen, AfD – Alarmglocken, die in Europa täglich lauter läuten. Die Illusion, der Rückzug in Nationalstaaten würde eine Verbesserung der persönlichen Lebenssituation bewirken, gewinnt an Popularität. Abschottung und dichte Grenzen sollen das Gefühl von Sicherheit und Wohlstandsbeibehaltung vermitteln. Das eigentliche Problem aber ist: Diese EU ist eine Union von Nationalstaaten, aufgebaut auf der Konkurrenz der Mitgliedstaaten, mit ganz unterschiedlichen Interessen, Steuer- und Sozialsystemen. Das kann nicht funktionieren. Nicht nur, weil dadurch diejenigen mit den besten Voraussetzungen sich die Rosinen herauspicken. Sondern auch, weil die Menschen nicht nachvollziehen können, weshalb einige wenige in Saus und Braus leben, während immer mehr bitterarm sind, von ihrer Arbeit nicht mehr leben können und an den immer breiter werdenden Rand der Gesellschaft gedrückt werden.

Was also tun? Wir als Linke haben eine eigene Idee von Europa. Wir sind weltoffen und meinen, dass man gleichwertige Lebensbedingungen nicht mit Kleinstaaterei erreicht, sondern nur in einem größeren Rahmen – in einem wirklich vereinten Europa. Das ist notwendig, um Konkurrenz untereinander und Angst voreinander abzubauen. Wir wollen die europäische Idee erneuern, mit weniger EU, wie sie jetzt ist, und mehr Europa, wie es sein sollte. Wir wollen starke Regionen, ein einheitliches Steuersystem, eine europäische Arbeitslosen- und Rentenversicherung für alle und ein Zweikammerparlament. Deshalb diskutieren wir eine Idee, für die es sich zu kämpfen lohnt: die Europäische Republik.

**Ihre Zweitstimme macht DIE LINKE stark!**  
Unsere Direktkandidierenden in den Wahlkreisen geben linker Politik vor Ort ein Gesicht. Sie engagieren sich für eine demokratischere, friedlichere und vor allem gerechtere Gesellschaft. Gleichzeitig sind sie direkte Ansprechpartnerinnen und wichtiges Bindeglied. Wir sind uns sicher, dass sie Ihr Vertrauen verdient haben. Dennoch: Ihre Zweitstimme entscheidet! Sie entscheidet, wie groß der Balken einer Partei am Wahlabend wird. Sie entscheidet, mit wie vielen Sitzen eine Partei im Parlament vertreten ist. Wenn Sie eine starke LINKE im Bundestag wollen, dann geben Sie uns Ihre Zweitstimme. Und Ihre Erststimme am besten unseren sympathischen Direktkandidierenden. Denn Sie wissen ja: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land!

# Gesund, gesünder, Gesundheitsversicherung

Für eine bessere medizinische Versorgung in der Stadt und auf dem Land

Wir wollen, dass die Menschen im Freistaat und insbesondere im ländlichen Raum jetzt und in Zukunft sicher und sorgenfrei leben können – auch dann, wenn sie aufgrund von Alter oder Krankheit auf Unterstützung angewiesen sind. Dazu bedarf es eines gut ausgebauten Gesundheits- und Pflegesystems, das im Freistaat leider keine Selbstverständlichkeit ist. Der Ärztemangel in Sachsen – er droht nicht, er ist schon längst Realität. Auf einen Facharzttermin wartet man im Schnitt zwischen vier und sechs Monate. Auch beim Hausarzt werden die Wartezeiten immer länger, und mancher nimmt schon längst keine neuen Patienten mehr an. Je dünner eine Region besiedelt ist, desto schwieriger ist die Situation. Gleichzeitig steigt der Versorgungsbedarf in den wachsenden Städten. Mehr Menschen brauchen auch mehr Ärzte.

**Wir wollen ein solidarisches, gerechtes und barrierefreies Gesundheitssystem,** in dem die Versorgung der Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt steht. Statt immer weiter zu privatisieren, muss Gesundheit als Teil des Sozialstaats öffentlich organisiert werden. Wir setzen auf eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. Die Zweiklassen-



Dauerbelastung: Fast 80 Prozent der Pflegekräfte fühlen sich überfordert.

medizin wollen wir damit überwinden. Wir wollen Krankenhäuser bedarfsgerecht finanzieren und so den Personalmangel bekämpfen. Die ambulante gesundheitliche Versorgung wollen wir sowohl in den Städten als auch auf dem Land verbessern. Weil Zuzahlungen und Leistungsaus-schlüsse wie bei Brillen oder Zahnersatz, bei Arzneimitteln oder im Krankenhaus zusätzliche Hürden für Menschen mit geringem Einkommen darstellen, wollen wir diese abschaffen.

Medikamentenpreise wollen wir begrenzen. Das Gesundheitswesen insgesamt wollen wir von Barrieren befreien: Zugang zu Arztpraxen und Krankenhäusern, genauso wie leichte Sprache und verständliche Patienteninformationen müssen zum Normalzustand werden. Auch in der Pflege, ob ambulant oder im Heim, herrscht in Sachsen Mangel: 167 000 Pflegebedürftige gibt es in Sachsen, ein Drittel mehr als noch vor zehn Jahren. Und die Zahl wird weiter steigen. Bei über der Hälfte der

Pflegebedürftigen, die zu Hause gepflegt werden, übernehmen das Familienangehörige – nicht immer freiwillig. Wir wollen im Bereich Gesundheit die Freiheit der Wahl: **Wer seine Angehörigen pflegt, soll ausreichend unterstützt werden. Wer sich für ambulante oder Heimpflege entscheidet, der soll ein attraktives und bezahlbares Pflegenetz vorfinden.** Dazu gehört auch, Menschen, die in der Pflege arbeiten, so zu entlohnen, dass sie von ihrer Arbeit leben können.

## Aktionsplan gegen Kinderarmut

Grundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen



Spielplätze sind Lebensmittel für alle Kinder.

Laut offizieller Statistik leben in Sachsen 16,9 Prozent der Kinder in Armut und damit deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt. Betroffen sind demnach mindestens 100 000 Kinder, besonders in den Großstädten. Legt man die Armutskriterien jedoch auf alle Haushalte und die darin lebenden Kinder an, sind es mindestens 150 000 Mädchen und Jungen, die im Freistaat in Armut leben, insbesondere Kinder von Alleinerziehenden oder aus Familien mit drei und mehr Kindern. Auf Grundsicherungsleistungen sind vor allem die Jüngsten angewiesen. Bei unter Dreijährigen sind 17,8 Prozent, bei Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren 18 Prozent von Kinderarmut betroffen. Weit über die Hälfte der unter 15-jährigen Kinder waren oder sind mehr als drei Jahre auf Sozialleistungen angewiesen. Mangelnde soziale Integration, ungesunde Ernährung, begrenzte Mobilität und nur eingeschränkte Freizeitmöglichkeiten sind die Folgen. Armutserfahrungen führen nicht selten zu Armutskarrieren: Kinder aus armen Familien bleiben später oft selbst arm. Das muss durchbro-

chen werden! Kinder sind nicht verantwortlich für ihre materielle Situation, auch nicht die der Eltern. Wir brauchen deshalb einen Aktionsplan gegen Kinderarmut. **Damit alle Kinder die gleichen Möglichkeiten im Leben erhalten, sich frei entfalten und entwickeln können, wollen wir in einem ersten Schritt das Kindergeld auf mindestens 328 Euro anheben und mittelfristig durch eine Kindergrundsicherung ersetzen.** Die Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets wollen wir umwidmen für den Ausbau der Kinder- und Jugendhilfeeinfrastructure. So können familienunabhängig Angebote und Anlaufstellen geschaffen werden, die allen Kindern dienen und alle gleichermaßen fördern. Schülerbeförderung, für alle bezahlbares und gesundes Schulleben, kostenfreier Zugang zu Museen und Bibliotheken für alle Minderjährigen, eine vollständige Kostenübernahme für Lernmittel und ein Investitionsprogramm für Kinderspielplätze und -einrichtungen ergänzen diese Maßnahmen.



# Renten rauf: Mindestens 1.050 Euro

DIE LINKE will die gesetzliche Rente erhöhen und armutsfest machen



Martin Heinlein

Findet die Rentenpolitik der vergangenen 20 Jahre ungerecht: Verkäuferin Ramona Otto.

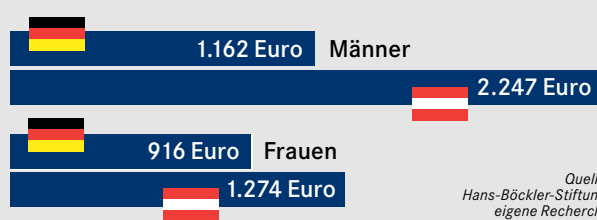
Ramona Otto wird es etwas mulmig, wenn sie an ihre Rente denkt. Die Verkäuferin arbeitet seit 1998 im Einzelhandel. Ihr Mann bekommt eine schmale Erwerbsminderungsrente. Beiden ist klar: Große Sprünge waren bislang nicht möglich, in Zukunft sind sie ausgeschlossen. Miete, Energiekosten, Einkäufe – die kleinen Renten werden schnell aufgefressen. **Statt nach Jahrzehnten harter Arbeit das Leben genießen zu können, müssen sich immer mehr Menschen Sorgen über ihre finanzielle Lage im Alter machen.** Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind davon bedroht.

Die gesetzliche Rente befindet sich im Sinkflug. Die Bundesregierung schaut zu, wie sich das Problem zuspitzt: ab 2030 droht jedem zweiten Normalverdiener eine Minirente. DIE LINKE will das stoppen. »Eine Rente, die für ein gutes Leben auch im Alter reicht, ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung der Menschen. Es ist unwürdig, wenn Rentnerinnen und Rentner Pfandflaschen sammeln müssen«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. »Als einzige Partei wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent erhöhen. Da wo es vor den Rentenkürzungen der letzten Jahre – zur Zeit Helmut Kohls – einmal war.« Den Menschen in

Ostdeutschland wird zu jeder Wahl die Rentenangleichung versprochen – und dieses Versprechen haben CDU und SPD nach jeder Wahl wieder gebrochen. DIE LINKE steht für die sofortige Angleichung an das Westniveau. Ohne die junge Generation, die künftigen Rentnerinnen und Rentner, zu benachteiligen. Das Konzept der LINKEN für eine Rente, die den Lebensstandard sichert, ist eine Erwerbstätigenversicherung. In die zahlen alle ein – nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch Beamte, Politikerinnen und Politiker. **DIE LINKE will, dass die Beiträge für die Rente wieder zur Hälfte von den Unternehmen gezahlt werden.** So sind gute Renten für alle finanzierbar – für den Durchschnittsrentner bringt das rund 120 Euro mehr im Monat. Den Riester-Schwindel, der nur die Konten der Versicherungskonzerne auffüllt, muss aufhören. Die Ansprüche müssen in die gesetzliche Rente überführt werden. Für Ramona Otto und andere Beschäftigte mit niedrigem

Einkommen würde das alleine noch nicht reichen. Deshalb will DIE LINKE kleine Einkommen in der Rentenversicherung aufwerten. »Für eine Verkäuferin wie Ramona Otto wären das 270 Euro mehr Rente im Monat«, erklärt Bernd Riexinger. »Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente wollen wir streichen.« Mit diesen Rentenreformen können Ramona Otto und ihr Mann entspannter in die Zukunft blicken. Vielen Frauen und allen, die auf lange Phasen mit niedrigen Löhnen, Krankheit oder Erwerbslosigkeit zurückblicken müssen, droht mit dem jetzigen System eine Rente unterhalb der Grundsicherung. Deswegen will DIE LINKE eine solidarische Mindestrente einführen – sie schützt alle Menschen, die sonst eine Rente von unter 1.050 Euro bekommen. Die Mindestrente soll als Zuschlag – oder im Einzelfall als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen. Das ist eine Frage der Achtung der Menschenwürde.

**Was in Österreich geht, ist auch hierzulande möglich**  
Das bekamen Neurentnerinnen und Neurentner 2015 im Schnitt im Monat ausgezahlt (inklusive Witwenrente)



## Von der Arbeit gut leben können

Sichere und gut bezahlte Jobs müssen in Deutschland wieder die Regel sein

Die Profite der Unternehmen sind explodiert. Aber 40 Prozent der Beschäftigten bekommen heute nicht mehr Lohn als vor 20 Jahren. **Viele Beschäftigte arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen trotzdem kaum über die Runden.** DIE LINKE will das ändern. Von Arbeit muss man leben können. Der Lohn muss reichen, um eine

Rente anzusparen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Unbefristete Arbeit, die sozial und mit Tarifvertrag abgesichert ist – das muss die Regel sein, nicht die Ausnahme. Selbst die Bundesregierung hat auf Anfrage der LINKEN ausrechnen müssen: Mit unter 12 Euro Stundenlohn droht selbst denen Altersarmut, die ohne Un-

terbrechung gearbeitet haben. Deshalb will DIE LINKE einen flächendeckenden Mindestlohn von 12 Euro ohne Ausnahmen durchsetzen. Die Löhne und Gehälter müssen insgesamt steigen. Die Agenda-2010-Gesetze haben unsichere Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge, befristete und Minijobs erst möglich gemacht. DIE LINKE will als einzi-

gen können. **Frauen wie Männer müssen das Recht auf Arbeitszeiten haben, die mit dem Leben mit Familie und Kindern, Weiterbildung und Freizeit vereinbar sind.** Teilzeitarbeit muss zum Leben reichen, unfreiwillige Teilzeit muss abgeschafft werden. »In fast allen schlecht bezahlten Berufen arbeiten mehrheitlich Frauen. Das ist Diskriminierung in Reine-

form«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen wie Männer gleichen Lohn bekommen.

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss besser bezahlt werden.«  
**Bernd Riexinger,**  
Vorsitzender der LINKEN

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden«, sagt er. »Dafür wollen wir sorgen – mit Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Das ist gerecht und nützt am Ende allen.«



Christian Mang

LINKEN-Kampagne gegen befristete Arbeitsverhältnisse



## Stress: Arbeit auf Abruf

In Deutschland arbeiten mindestens 1,5 Millionen Menschen auf Abruf. Betroffen sind vor allem Beschäftigte im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Gesundheitswesen und in der Verkehrsbranche. Firmen geben ihnen Arbeitsverträge mit sehr wenigen Stunden und ohne feste Arbeitszeiten. Mal arbeiten die Beschäftigten 40 Stunden im Monat, mal 160. Wenn der Betrieb es wünscht – auch sehr kurzfristig – müssen sie erscheinen. Die Beschäftigten können weder Einkommen noch Arbeitszeit planen und keinen weiteren Job annehmen. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Wochenstunden, die bezahlt werden.

## Obergrenze für Managergehälter

In Portland (USA) wird für Unternehmen eine Strafsteuer erhoben, bei denen die Löhne der Beschäftigten und der Manager zu weit auseinanderklaffen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Einführung solcher Maßnahmen auch für deutsche Firmen zu prüfen. Im Programm zur Bundestagswahl fordert DIE LINKE eine Obergrenze für Managergehälter. Danach sollen die Einkünfte von Vorständen und anderen Führungskräften nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Betrieb betragen. Jahresgehälter über einer halben Million Euro sollen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein. »Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen«, heißt es im Programm. Obergrenzen für Gehälter in Unternehmen sollen dazu beitragen, die Einkommen in der Gesellschaft gerechter zu verteilen.

**DIE LINKE will**

- den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben, ohne Ausnahme
- Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs in sichere Arbeitsplätze überführen
- Recht auf mindestens 22 Wochenstunden und Rückkehrrecht in Vollzeit statt unfreiwilliger Teilzeit
- Tarifverträge ausweiten und Allgemeinverbindlichkeit erleichtern.





## Gegen Rassismus und rechte Gewalt

Die Zahl extrem rechter Straftaten ist im Jahr 2016 erneut angestiegen. Im Schnitt wurden bundesweit mehr als 60 Taten pro Tag registriert, ein Anstieg um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Dunkelziffer ist erheblich höher. Allein 3774 Fälle rassistisch motivierter Gewalt gegen Asylsuchende wurden dokumentiert. DIE LINKE kämpft gegen Rassismus und rechte Gewalt und für eine offene Gesellschaft. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat jede Verschärfung des Asylrechts abgelehnt. Menschen, die in ihren Ländern staatlicher oder nichtstaatlicher Verfolgung ausgesetzt sind, müssen politisches Asyl erhalten. Die Große Koalition aus SPD und Union hat zum Ende der Legislaturperiode das Asylrecht nochmals drastisch verschärft.



Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow

## Regenbogenfahne über Staatskanzlei

Zeichen der Solidarität an einem historischen Tag, an dem die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen erreicht wurde: Mit dem Hissen der Regenbogenfahne würdigte der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) die Einführung der Ehe für alle durch den Bundestag. Mit der Gesetzesänderung kehre endlich »staatliche Normalität« in die Gesellschaft ein, betonte er. Der Regierungschef lobte den parteiübergreifenden Beschluss und hofft, dass solche Entscheidungen auch in anderen menschenrechtlichen Fragen möglich sind, so in Fragen des humanitären Bleiberechts für Flüchtlinge.

# Keine Angst vorm Absturz

DIE LINKE plant ein festes Netz von sozialen Sicherheiten ein



Zu viele Eltern können sich nicht einmal den Sportverein für ihre Kinder leisten.

Armut ist nicht naturgegeben. »Meine Vision ist eine Welt ohne Armut«, sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. »Und ich glaube daran, dass diese Welt möglich ist. Bereits jetzt gibt es einen immensen Reichtum.« **Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die halbe Welt.** Auch in Deutschland gehört den oberen 10 Prozent über die Hälfte des Vermögens. Im Gegensatz dazu verfügt die Hälfte der Menschen in diesem Land nur über 2,5 Prozent des Besitzes. Man muss kein Genie in Mathe sein, um zu erkennen, dass dieser Zustand zutiefst ungerecht ist. Diese Ungerechtigkeiten sind das Ergebnis einer Politik, die die Profite der wenigen über das Leben der vielen stellt. Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, das zeigt die Bilanz der

Regierung Merkel. Seit 2005 führt Angela Merkel die Regierung. Seitdem ist Reichtum immer ungleicher verteilt, und auch die Armutszahlen sind kontinuierlich gestiegen. Die Zahl der Menschen, die dauerhaft in Armut leben, hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Heute gilt hierzulande jedes fünfte Kind als arm. »Das bedeutet für viele: kein Urlaub, kein Sportverein, manchmal nicht mal genügend zu essen. Das alles in einem reichen Land wie Deutschland«, so Katja Kipping. Diese Entwicklungen sind auch eine Folge der Agenda 2010. Unter Rot-Grün beschlossen, hat sie Millionen Menschen in die

Abhängigkeit des Hartz-IV-Systems gedrängt. Katja Kipping: »Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt. Denn wer Angst hat, der oder die akzeptiert die nächste Lohnkürzung. Wer Angst hat, der oder die ist vielleicht weniger bereit zu teilen.« Katja Kipping weiß: Diese Entwicklung wirkt sich auf alle aus. Deswegen fällt der lange Schatten von Hartz IV auf die ganze Gesellschaft, sagt sie. **Unter der Regierung Merkel hat sich das Leben für viele verschlechtert.** Sie hat dieses Land zu einem Land der Milliardäre und der Millionen in Armut gemacht. »Aber wir, wir wollen das ändern. Und keine andere

»Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt.«  
*Katja Kipping,  
Vorsitzende der LINKEN*

Partei hat hier so konkrete und so seriös durchgerechnete Vorschläge wie wir«, erklärt Kipping. DIE LINKE fordert, dass garantiert niemand in Deutschland in Armut fallen darf. Keiner soll im Bedarfsfall weniger als 1.050 Euro haben. Dafür stehen die solidarische Mindestrente und die sanktionsfreie Mindestsicherung. **DIE LINKE will das Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen. Dann soll es in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführt werden.** Für DIE LINKE ist klar: wer Armut entgegenzutreten will, muss auch das Öffentliche stärken. So steht DIE LINKE für günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für einkommensschwache Haushalte sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. DIE LINKE fordert gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule. Finanzieren lässt sich das, wenn die zur Kasse gebeten werden, die den Reichtum für sich allein beanspruchen, der im Grunde allen gehört. Katja Kipping: »So sieht Gerechtigkeit aus. DIE LINKE kämpft dafür, dass dieses Land gerechter wird. Helfen Sie – hilf du – dabei, dass sich das rumspricht. Denn: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.«

### DIE LINKE will

- eine Mindestsicherung ohne Sanktionen von 1.050 Euro statt Hartz IV
- Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen und in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführen
- kostenfreies Essen in Schule und Kita, freie Fahrt für Kinder in Bus und Bahn.

# Eine sozial gerechte Energiewende

Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit – weltweit

Die Klimakrise ist eine der zentralen Gerechtigkeitskrisen der heutigen Zeit. Es geht schon längst nicht mehr nur um Eisbären. Von den 17 Jahren dieses Jahrtausends zählen 16 zu den heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Studien der UN belegen, dass bis zum Jahr 2050 geschätzte 200 Millionen Menschen auf der Welt vor den Folgen von Stürmen, Dürren oder Überschwemmungen flüchten werden. Daher ist der Ausstieg des US-Präsidenten Donald Trump aus dem Klimaschutz nicht nur eine Kriegserklärung an die Erde, sondern in der Konsequenz auch an die Lebensweise besonders der armen Menschen auf unserer Welt. Deutschland ist kein Klimaschutzweltmeister, sondern Weltmeister in Klimaheuchelei. Bundeskanzlerin Angela Merkel verfehlt die eigenen Klimaschutzziele deutlich. Sie torpediert alle Versuche, die deutsche Autoindustrie in der EU für ihre betrügerischen Abgasmanipulationen zu sanktionieren. Sie gibt

den Braunkohleleimern eine jahrzehntelange Verschmutzungsgarantie. Dabei sind es fossile Brennstoffe wie die Braunkohle, die den Klimawandel massiv vorantreiben. DIE LINKE will eine soziale Energiewende: **Statt großer Energiekonzerne wollen wir bürgernahe Energie in der öffentlichen Hand.** Wir werden die Strompreise stärker kontrollieren und für alle bezahlbar machen: mit Sozialtarifen für den Sockelverbrauch und höheren Preisen für Vielverbraucher. »Deswegen fragen wir von der LINKEN: Warum gibt es hierzulande noch kein ökologisch nachhaltiges Kohleausstiegsgesetz inklusive eines Strukturwandel-fonds zur sozialen Absicherung der im Braunkohletagebau Beschäftigten?«, so Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN. Neben Krieg und Verfolgung ist der Klimawandel eine der stärksten Fluchtursachen, vor allem in Teilen des afrikanischen Kontinents. Auch dieses Jahr wird die Anzahl ertrunkener Bootsflücht-

linge auf dem Mittelmeer dramatisch steigen. »Es gibt keinen wirksamen Klimaschutz ohne ein Mindestmaß an globaler Gerechtigkeit«, sagt Katja Kipping. »Nicht nur die Kriege in der Welt müssen enden. Wir brauchen faire globale Handelsbeziehungen.« Der Klimawandel macht an

keiner Grenze halt. Deswegen kann er auch nicht Land für Land eingedämmt werden. **Es gibt keinen Plan B für den Klimaschutz, weil es keinen Planeten B gibt.** Klimaschutz braucht ein wirkliches Umsteuern. Die Große Koalition ist dazu weder willens noch in der Lage.



Dürren und andere Naturkatastrophen sind häufige Fluchtursachen.



# Politik darf nicht käuflich sein

DIE LINKE fordert ein Verbot von Unternehmensspenden an Parteien

Eine halbe Million Euro überwies der Internetmilliardär Ralph Dommermuth vor wenigen Wochen der CDU als Wahlkampfunterstützung. Auch als Dank dafür, dass Angela Merkel Dommermuth kürzlich in eines ihrer Beratertgremien berufen hat? Das Signal jedenfalls ist klar: Politik kann man kaufen. Wer Geld hat, erhält Zugang zu denen, die entscheiden. Was ist schon eine Wählerstimme am 24. September gegen eine Lobbyistenspende von einer halben Million Euro?

**DIE LINKE ist die einzige Partei, die aus Prinzip keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten annimmt.** Im Jahr 2015 haben CDU, CSU, SPD und Grüne fast 11 Millionen Euro von Unternehmen und Verbänden erhalten, davon allein die beiden Unionsparteien 8,6 Millionen Euro. Im Bundestagswahljahr 2013 gab es sogar 20 Millionen Euro aus den Zentralen der Konzerne. Diese Gelder schließen einen fairen Wahlkampf faktisch aus. Nicht nur die Verbreitung von falschen Nachrichten (Fake News) und ähnliche Dinge sind ein Problem für Fairness im Wahlkampf, sondern auch die Finanzierung über Unternehmensspenden ist höchst kritisch zu sehen. Für

### Top Ten der Spender aus der Wirtschaft

Zahlungen 2011 bis 2015\*

	DIE LINKE	Grüne	FDP	SPD	CSU	CDU
vbm Bayerische Metall- und Elektro-Industrie	0	165.000	360.000	220.000	2.066.642	0
BMW	0	113.818	418.186	324.225	437.594	797.989
DVAG (Finanzbranche)	0	60.000	343.000	125.000	0	1.563.000
Daimler	0	210.000	170.000	600.000	210.000	600.000
Südwestmetall (u. a. Rüstungsindustrie)	0	390.000	330.000	280.000	0	651.000
VCI Verband der Chemischen Industrie	0	63.500	208.000	269.000	0	459.000
Evonik (Chemieindustrie)	0	0	160.000	360.000	75.000	310.000
Allianz	0	170.001	130.001	170.001	140.001	170.001
Dr. August Oetker KG	0	22.000	55.000	22.000	64.000	606.000
Metall NRW (Metallarbeitsgeberverband)	0	45.000	170.000	120.000	0	395.000
<b>Gesamt</b>	<b>0</b>	<b>1.239.319</b>	<b>2.344.187</b>	<b>2.490.226</b>	<b>2.993.237</b>	<b>5.551.990</b>

\* ohne Spenden der FDP aus dem Jahr 2015

Quelle: LobbyControl

Matthias Höhn, Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, ist das eine grundsätzliche Frage: **»Konzernspenden schaden der Demokratie insgesamt.** Wer die Käuflichkeit der Politik nicht beenden will, braucht sich über den Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Demokratie nicht wundern.« Auch die Grünen nehmen Spenden von Auto- und Versi-

cherungskonzernen an. Selbst bei der Rüstungsindustrie haben sie offensichtlich keine Berührungsängste: Von 2011 bis 2015 erhielten sie 390.000 Euro von Südwestmetall. Das ist ein Arbeitgeberverband, in dem etliche Rüstungsfirmen, zum Beispiel auch Heckler & Koch, vertreten sind, die ihre Waffen weltweit in Krisen- und Kriegsgebiete exportieren.

Konzernspenden verzerren den politischen Wettbewerb und machen Politik käuflich. DIE LINKE will dieser Praxis einen Riegel vorschieben. **Spenden von Unternehmen und Lobbyverbänden an Parteien gehören verboten.** Spenden von Privatpersonen wollen wir auf 25.000 Euro im Jahr begrenzen. Statt sich von Lobbyisten abhängig zu machen, setzt DIE LINKE auch

im Wahlkampf auf das Engagement ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer von »Linksaktiv 2017« und auf viele kleine Spenden von Bürgerinnen und Bürgern, die die Partei unterstützen. Ziel der Spendenkampagne der LINKEN im Wahljahr sind ebenfalls 500.000 Euro: aber nicht von Herrn Dommermuth, sondern von allen, die sich eine starke LINKE wünschen.

## Gute Gewinne sind möglich

DIE LINKE will Gewinne höher besteuern – denn warum sollen Kapitaleinkünfte niedriger besteuert werden als Löhne? Die Gewinne unseres Preisausschreibens allerdings sind steuerfrei – völlig zu Recht, denn sie sind fair gehandelt, ökologisch, einfach schön oder machen klüger.

- 1. Preis:** Fairphone 2: zeichnet sich durch faire Preise aus – für die Produzierenden.
- 2. Preis:** Diamant Fahrrad Topas Villiger: überzeugt mit hochwertigen Details wie der Nexus 8-Gang-Nabenschaltung.
- 3. Preis:** Marx-Figur: Ottmar Hörls Skulptur würdigt den großen Denker.
- 4.–10. Preis:** Linkes Buchpaket



Lösung des Kreuzworträtsels bis zum 1. Oktober an: DIE LINKE, Wahlquartier Kleine Alexanderstraße 28 10178 Berlin oder per E-Mail an: wahlquartier@die-linke.de

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt.

Stecken	LINKE-Politikerin (Vorname)	LINKE-Politiker	Beinkleid	Laubbaum	Laut	Fläche	Behauptung						
↖	7		Früchte			Waldtier	↖						
Anrede	Gebäude Imperium (engl.)			Mittel-europäer		13	Abbau von Waffen						
↖	3		bibl. Garten			Tierkadaver							
laot. Fluss													
				1		8							
				4		2	1						
Scheibe (engl.)	Internat am Bodensee						3						
↖				9		1	8						
				2		7	1						
Segelstange				6	7	9	8						
↖				5		3	6						
				4	7	3							
				4		3	6						
				5		1	3						
				4		2							
↖				1	2		8						
				1	2		4						
Gallertmasse	nieder-sächs. Fluss			jamaik. Musikstil	Hirtengott span. Strom	Zorn (lat.)	Schwimmvogel						
↖				Hautfalte		Habe	Teil des Mittelmeers						
↖							Nachrichtensatellit						
Volks-herrschaft	Lichtbild	Ganove					trop. Kröte						
↖							Näh-zubehör						
				Programmier-sprache	Weidwerk Nordwest-europäer		jap. Buddhis-mus						
↖													
Säugetier	röm. Fußball-club					Medizi-ner							
↖													
LINKEN Kern-kompe-tenz	Pumuckls Meister					Geburts-ort von Marx							
↖													
						Roman von Zola							
↖													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

## Gib's uns!

Unterstützen Sie uns mit einer Spende an DIE LINKE Berliner Volksbank eG IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00 BIC: BEVODEBB Kennwort: Spende oder: [www.die-linke-spende.de](http://www.die-linke-spende.de)

## Die Hürde!

Ob Gipfel, Bundestagswahl oder die alltäglichen Zumutungen des Alltags im Kapitalismus: Wir sind nah dran! Und mit dem Kombi-Miniabo jetzt besonders erschwinglich für Ihre „Erstentscheidung“!

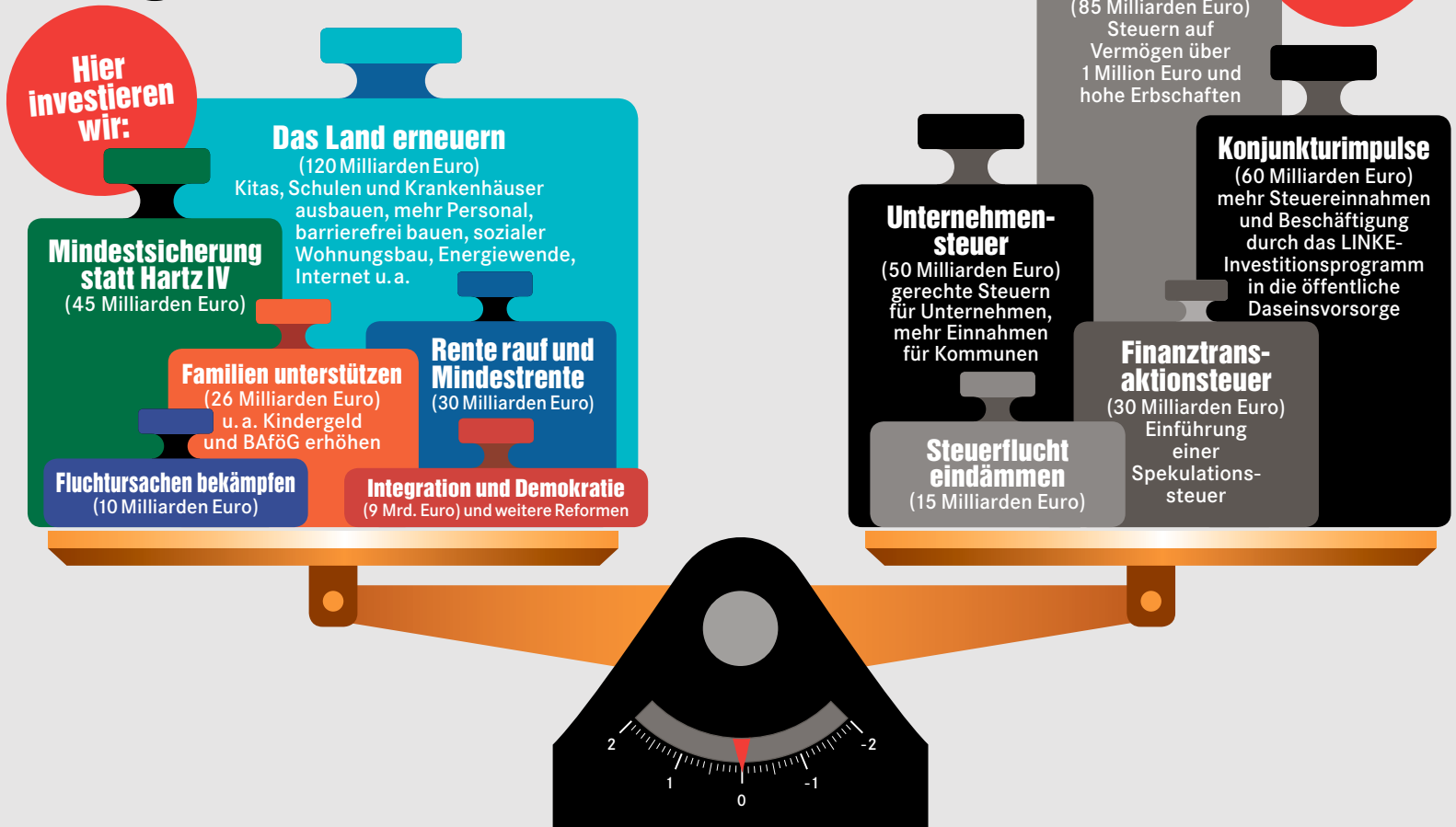
Tel. (030) 29 78 18 00 [neues-deutschland.de/abo](http://neues-deutschland.de/abo)

neues deutschland **nd**

Impressum: Zeitung zur Bundestagswahl 2017, Auflage Sachsen: 838 250, Redaktionsschluss: 7. Juli 2017, Herausgeberin: DIE LINKE 030 / 24 00 99 99, [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) V.i.S.d.P. Matthias Höhn, Layout und Satz: DiG/TRIALON, Druck: Eversfrank Berlin



# So finanzieren wir die gerechte Gesellschaft



## Gerecht und gut für den Geldbeutel

Weniger Steuern auf kleine und mittlere Einkommen – mehr Steuern für die großen Fische

Die junge Ingenieurin, der selbstständige Web-Entwickler, die angestellte Lehrerin, der erfahrene Facharbeiter – sie alle verbindet, dass am Ende des Monats zu wenig Geld vom Einkommen übrig bleibt. Ein Grund: Sie werden durch die Einkommensteuer zu stark belastet. Die Mehrheit der Beschäftigten trägt den Großteil der Steuerlast. Gleichzeitig rechnen sich Superreiche und Konzerne bei den Steuern arm und nutzen jedes Schlupfloch mithilfe versierter Berater aus. Ihre Ein-

nahmen aus Kapitalanlagen werden zu einem niedrigen Satz von 25 Prozent versteuert (Abgeltungsteuer) und unterliegen nicht den ansteigenden Sätzen aus der Einkommensteuer.

DIE LINKE hat ein Steuerkonzept entwickelt, von dem die übergroße Mehrheit der Beschäftigten profitiert. Die Faustformel: **Wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient, wird entlastet.** Das gilt für Alleinstehende. Mit Kindern oder Unterhaltspflichten für andere ist die Entlastung höher. Für einen Angestellten mit einem monatlichen Bruttolohn von 1.700 Euro bedeutet das eine monatliche Entlastung von 127 Euro – auf das Jahr gerechnet entspricht das fast einem Monatslohn. Auch wer als Facharbeiterin ein gutes Einkommen bezieht, aber durch Kosten fürs Wohnen oder die Beiträge für den Kindergarten stark belastet ist, dem hilft unser Steuerkonzept. Bei 4.500 Euro Monateinkommen bleiben rund 210 Euro mehr im eigenen Portemonnaie. Jeden Monat. Bei Beschäftigten im Niedriglohnssektor reicht der Lohn kaum zum Leben. Es ist eine Frage der Menschenwürde, nicht noch das geringe Einkommen wegzubesteuern. Deshalb setzen wir den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro im Jahr hoch.

Die großen Entlastungen für die Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen, sind möglich, weil DIE LINKE diejenigen stärker belastet, die reich und superreich sind und bislang vom Finanzamt bevorteilt wurden. Der

Spitzensteuersatz ist nach 1999 gesenkt worden – von damals 53 auf heute 42 Prozent.

DIE LINKE will das rückgängig machen. Und Einkünfte aus Aktienbesitz genauso besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Eigentum verpflichtet. Das Grund-

gesetz sieht eine Vermögenssteuer vor. 1995 hat das Bundesverfassungsgericht die damalige Form der Vermögenssteuer ausgesetzt. Der Grund war, dass Immobilienvermögen zu niedrig bewertet wurde. Der Auftrag lautete, diesen Fehler zu korrigieren. Das hat bislang jede Bundesregierung versäumt. Ohne Vermögenssteuer fehlen den Ländern die Mittel

für die notwendigen Investitionen in Schulen, für Kitausbau, Krankenhäuser und bezahlbare Wohnungen. Der Druck zu mehr Privatisierungen steigt. Das macht sich im Alltag von vielen Menschen bemerkbar, alles

wird teuer und funktioniert schlechter. DIE LINKE führt die Vermögenssteuer wieder ein: auf Vermögen oberhalb von 1 Million. Auch hohe Erbschaften sollen gerecht besteuert werden – ohne dass normales, selbstgenutztes Wohneigentum betroffen ist.

Gerechtigkeit ist auch eine Frage von Zahlen und von Steuern. **DIE LINKE schafft ein Steuersystem, das gerecht für alle ist:** das Entlastungen schafft für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, aber Reiche und Vermögende, Unternehmen und Konzerne wieder angemessen zur Kasse bittet. Ein Steuersystem der sozialen Gerechtigkeit!



### Was bedeuten die Tarife der LINKEN für Ihre Einkommensteuer und die Sozialabgaben?

- Bis 1.400 Euro im Monat brutto (Single): **keine Steuer**
- 2.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.733 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 4.000 Euro im Monat brutto (Single): **2.265 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 6.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.567 Euro weniger Steuern im Jahr**
- Familie, zwei Kinder, 42.000 Euro brutto im Jahr: **5.039 Euro weniger Steuern und Sozialabgaben im Jahr, mit Kindergeld**



**Egreif Partei für eine bessere Zukunft!**  
Ja, ich möchte aktiv werden.

Vorname

Name

E-Mail

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Ich bin bereits Mitglied der Partei DIE LINKE.

Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Datum

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

Einsenden/Kontakt:  
DIE LINKE »Linksaktiv-Team«  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
linksaktiv@die-linke.de  
Telefon: 030/24009-111  
**www.linksaktiv.de**